

# Landkreis Ravensburg

den 19. Apr. 2021

## Niederschrift

über die Sitzung des Kreistages  
am 30.03.2021 um 14:30 Uhr als Videokonferenz

Dauer 14:30 Uhr bis 20:05 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 72 Mitglieder

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers

Erster Landesbeamter

Herr Dr. Andreas Honikel-Günther Erster Landesbeamter

CDU

Herr Elmar Buemann

Herr Roland Bürkle

Frau Margarete Eger

Herr Rolf Engler

Herr Josef Forderer

Frau Christa Fuchs

Herr Alexander Geiger

Herr Helmut Grieb

Herr Raimund Haser

Herr Hans-Jörg Henle

Herr Thomas Kellenberger

Herr Dieter Krattenmacher  
Herr Clemens Moll  
Herr Axel Müller  
Herr Peter Müller  
Herr Christian Natterer  
Herr Dr. Daniel Rapp  
Herr Volker Restle  
Herr August Schuler  
Herr Robert Schweizer  
Herr Daniel Steiner  
Herr Waldemar Westermayer  
Frau Sonja Wild

FWV

Herr Walter Braun  
Herr Karl-Heinz Buschle  
Herr Jochen Fischinger  
Frau Sandra Flucht  
Herr Roland Haug  
Herr Michael Lang  
Frau Katja Liebmann  
Herr Rainer Magenreuter  
Herr André Radke  
Herr Dr. Hermann Schad  
Herr Roland Schmidinger  
Herr Bernhard Schultes  
Herr Peter Smigoc  
Herr Oliver Spieß  
Frau Christa Stierle

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Hildegard Fiegel-Hertrampf  
Herr Gereon Güldenbergl  
Herr Dr. Andreas Kolb  
Frau Carmen Kremer  
Frau Elke Müller  
Frau Dorothee Natalis  
Herr Ozan Önder  
Frau Liv Pfluger

Frau Roswitha Pohnert  
Herr Tilman Schauwecker  
Herr Bruno Sing  
Herr Heinz Strubel  
Herr Martin Weiß  
Herr Roland Zintl  
Frau Doris Zodel

SPD

Herr Rudolf Bindig  
Herr Peter Clément  
Herr Gerhard Lang  
Herr Rainer Marquart  
Frau Gisela Müller

ÖDP

Herr Julian Aicher  
Herr Prof. Dr. Wolfgang Dieing  
Herr Max Scharpf  
Herr Siegfried Scharpf  
Herr Dr. Wolfgang Schmidt

FDP

Herr Dr. Roland Dieterich  
Herr Benno Forderer  
Herr Daniel Gallasch, M. A.  
Herr Oliver Schneider  
Herr Benjamin Strasser

Protokollführung

Frau Dagmar Schöbel

von der Verwaltung

Frau Anja Kahle

Dezernentin Organisationsentwicklung, Personal und Kultur

Herr Franz Baur

Dezernent Finanzen, Schulen und Immobilien

Herr Reinhard Friedel

Dezernent Arbeit und Soziales

Frau Iris Steger

Dezernentin Recht, Migration und Verbraucherschutz

Frau Diana E. Raedler

Dezernentin Recht, Migration und Verbraucherschutz

Frau Heidi Wucherer

Amtsleiterin Verkehrsamt zu TOP 4

Gäste

Herr Peter Schürmann

PTV Transport Consult GmbH zu TOP 4

Abwesend:

CDU

Herr Roland Sauter

FWV

Herr Markus Ewald

Herr Wilhelm Graf

SPD

Herr Jürgen Rölli

Die Linke

Herr Lars Raible

## **Tagesordnung**

### **Öffentliche Sitzung**

1. Änderung der Tagesordnung
2. 0047/2021  
Ausscheiden von Kreisrat Oliver Schneider aus dem Kreistag, Verpflichtung seines Nachfolgers und Neubesetzung der Ausschüsse
3. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

#### **Angelegenheiten des Verkehrsamtes**

4. 0005/2021  
ÖPNV- Konzept für den Landkreis Ravensburg  
Gast: Herr Rimbert Schürmann, PTV Transport Consult GmbH

#### **Angelegenheiten des Amtes für Finanzen, Beteiligungen und Kreislaufwirtschaft**

5. 0038/2021  
Systembeschreibung "Duale Systeme" 2022 - 2024
6. 0002/2021  
OSK: Verlängerung des Betriebsmittelkredits und Umsetzung der Kapitalerhöhung für das Jahr 2021

#### **Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP**

7. 0013/2021  
Ravensburg, Edith-Stein-Schule, Raumfunktionsprogramm und Zusammensetzung Preisgericht
8. 0014/2021  
Ravensburg, Kreishaus II, Instandsetzung Bauteil B+C: Baubeschluss

## **Anträge gem. § 29 I 4 LKrO**

9. 0054/2021  
Prüfung und Anpassung des Gesellschaftervertrages der OSK –  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.03.2021
  
10. 0055/2021  
Analyse des Arbeitsumfanges im Bereich ÖPNV (Verkehrsamt) und Anpassung  
des Personalschlüssels –  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.03.2021
  
11. 0056/2021  
Beteiligung von Mitgliedern der Jugendvertretung an den Sitzungen des Kreistags -  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.03.2021
  
12. 0058/2021  
Resolution des Kreistages Ravensburg bezüglich der Verteilung der Impfstoffe auf  
die Landkreise –  
Antrag der Fraktionen CDU, FWV, SPD, ÖDP und FDP
  
13. Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)

## **Nichtöffentliche Sitzung**

### **Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP**

14. 0045/2021  
Grundstückstausch mit der Stadt Ravensburg zum Neubau Edith-Stein-Schule
  
15. Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)

## Öffentliche Sitzung

### 1. **Änderung der Tagesordnung**

KR Magenreuter erkundigt sich, ob die Besetzung von Stellen an einen Ausschuss delegiert werden könne.

Der Vorsitzende antwortet, eine Delegationsentscheidung könne auf mehrheitlichen Wunsch getroffen werden. Er gibt zu bedenken, dass das Ergebnis bei zwei etwa gleichwertigen Bewerbern wie bei der Besetzung der Leitung des Jugendamtes anders ausfallen könne als im Kreistag, da eine kleinere Gruppe entscheide.

KR M. Lang erklärt, er bevorzuge eine virtuelle Vorstellung in einer Videokonferenz mit anschließender Briefwahl.

Der Vorsitzende hält diesen Vorschlag für die bessere Lösung. Er würde jedoch eine zusätzliche Sitzung erfordern. Das persönliche Vorstellungsgespräch würde dennoch fehlen.

KR Grieb informiert, im Gemeinderat der Stadt Ravensburg sei man ebenso verfahren. Der Vorschlag sei gut.

KR Sing fragt, wie man bei der öffentlichen Bestellung des Naturschutzbeauftragten verfahren könne. Es gehe lediglich um einen Kandidaten und eine Verlängerung.

Der Vorsitzende antwortet, auch dabei handele es sich rechtlich gesehen um eine Wahl. Die Verwaltung werde die Anregungen mitnehmen und das Thema beobachten.

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

2. 0047/2021

**Ausscheiden von Kreisrat Oliver Schneider aus dem Kreistag, Verpflichtung seines Nachfolgers und Neubesetzung der Ausschüsse**

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass es sich rechtlich gesehen nicht um eine Wahl handele.

**Beschlussentwurf:**

1. Es wird festgestellt, dass bei Herrn Oliver Schneider ein wichtiger Grund für das Ausscheiden aus dem Kreistag gemäß § 12 Abs. 1 Nr. 2 Landkreisordnung (LKrO) vorliegt. Er scheidet daher gemäß § 25 Abs. 1 S. 2 LKrO mit sofortiger Wirkung aus dem Kreistag des Landkreises Ravensburg aus.
2. Es wird festgestellt, dass bei Herrn Armin Willburger ein Hinderungsgrund gemäß § 24 Abs. 1 Nr. 1 a) LKrO vorliegt.
3. Es wird festgestellt, dass mit Wirkung zum 30. März 2021 Herr Benno Forderer für Herrn Oliver Schneider in den Kreistag nachrückt.
4. Herr Benno Forderer rückt für Herrn Oliver Schneider als Mitglied in den Sozialausschuss nach.
5. Herr Benno Forderer rückt für Herrn Oliver Schneider als persönlicher Vertreter von Herrn Dr. Roland Dieterich in den Ausschuss für Umwelt und Mobilität nach.

**Beratungsergebnis:** mehrheitlich beschlossen (bei 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung)

Der Vorsitzende bedankt sich bei KR Schneider für seine Mitarbeit im Kreistag.

KR Schneider begründet sein Ausscheiden und bedankt sich bei den Mitgliedern des Kreistags und dem Vorsitzenden für die gemeinsame Zeit.

Der Vorsitzende verpflichtet KR Benno Forderer als neues Kreistagsmitglied und verliest den entsprechenden Text aus der Landkreisordnung. Er weist darauf hin,



dass KR B. Forderer bereits 2005 bis 2014 Mitglied des Kreistags war.

KR B. Forderer bedankt sich für die Aufnahme.

### 3. **Protokoll der vorausgegangenen Sitzung**

Zum Protokoll gibt es keine Änderungswünsche.

### **Angelegenheiten des Verkehrsamtes**

4. 0005/2021

#### **ÖPNV- Konzept für den Landkreis Ravensburg**

**Gast: Herr Rimbert Schürmann, PTV Transport Consult GmbH**

Herr Schürmann führt mittels einer PPT-Präsentation in das Thema ein.

KR Krattenmacher lobt das ÖPNV-Konzept als „großen Wurf“. Die Wahl der Fa. PTV als Partner habe sich als richtig erwiesen. Er lege Wert auf das Zusammenbinden der Altkreisgrenzen Ravensburg und Wangen sowie eine enge Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden, die einen erheblichen finanziellen Beitrag zu leisten hätten. Er begründet den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion FWV.

KR Spieß bedankt sich bei der Verwaltung für die Arbeit zur Vorlage und begründet den gemeinsamen Antrag mit der CDU-Fraktion. Er begrüßt die Gedanken zu einem eigenständigen Nachtbusnetz. Ein Konzept dazu müsse jedoch noch zu Papier gebracht werden.

KRin E. Müller begrüßt das erweiterte ÖPNV-Angebot, das wegen seiner Kostenintensität jedoch regelmäßig auf den Prüfstand gestellt werden müsse. Eine langfristig gesicherte Finanzierung und Bezuschussung sei wichtig. Schülerverkehre und On-Demand-Verkehre sollten nochmals genauer betrachtet werden, da die Kosten möglicherweise zu niedrig angesetzt seien. Funktionierende Anschlüsse zu anderen Verkehren und Verlässlichkeit seien wichtig. Für die Partner vor Ort erhoffe sie faire Ausschreibungsbedingungen.

KRin G. Müller bedankt sich bei der Verwaltung für die Arbeit und auch dafür, dass

über die Landkreisgrenzen hinaus gedacht worden sei. Der ÖPNV werde immer mehr zum Standortfaktor werden. In Vorarlberg würden bereits 48% der Bevölkerung den ÖPNV nutzen, dort werde allerdings auch das Sechsfache der Mittel eingesetzt. Das Nahziel im Landkreis solle eine Verdoppelung des Fahrgastaufkommens von zurzeit 7% sein. Dazu sei eine „Finanzspritze“ erforderlich. Der Schienenverkehr müsse eingebunden, neue Streckenstilllegungen verhindert werden. Eine Reaktivierung der „Räuberbahn“ auch im Winter solle geprüft werden. Neue Potenziale sollten erschlossen und genaue Fahrgastzahlen für die einzelnen Linien als Voraussetzung für eine Evaluation ermittelt werden. Auf Staustrecken sollten Busse vermehrt Ampelvorrangschaltungen oder eigene Spuren erhalten. Die Anschlüsse zwischen Bus und Bahn müssten funktionieren. Die Kategorisierung der Linien halte sie für gut. Die Echt-Bodensee-Card solle von möglichst vielen übernommen werden. Ein Nachtbusnetz sei schon lange gefordert worden. Die Position eines Nahverkehrsbeauftragten sei vorstellbar. Der gemeinsame Antrag der Fraktionen CDU und FWV solle noch intensiver beraten und daher in den Ausschuss verwiesen werden.

KR S. Scharpf hält das ÖPNV-Konzept ebenfalls für einen „großen Wurf“. Ausschreibungen müssten intelligent erfolgen, damit der rechtliche Rahmen eingehalten werde und regionale Partner zum Zuge kommen könnten. Eventuell könne dies durch eine Splittung des Volumens erreicht werden. Damit Busse interessanter und schneller würden, solle auch über Beschränkungen beim Individualverkehr nachgedacht werden. Letztlich müsse der Busverkehr kostenlos werden. Auch eine Familienkarte mit nur einem Zahler sei denkbar. Der Anschluss an der Endhaltestelle müsse mitgedacht werden, um das individuelle Ziel erreichen zu können, z.B. durch E-Bikes. Generell solle ein fahrgastfreundlicheres Klima geschaffen werden, etwa durch helfende Busfahrer beim Ausstieg von Müttern mit Kinderwagen oder ein besseres Miteinander unter den Fahrgästen.

KR Gallasch bedankt sich bei Herrn Schürmann für die geleistete Arbeit. Er betont, er wolle kein staatliches ÖPNV-Unternehmen, das vom Landkreis getragen werde. Vielmehr sollten bei der Ausschreibung Wettbewerbselemente gestärkt werden. Mittelständische einheimische Unternehmen sollten dabei jedoch eine reelle Chance erhalten. Beim Text des Beschlussentwurfs beantrage er die Ergänzung, dass zusammen mit dem Nahverkehrsplan ein Finanzierungsbeschluss zu treffen sei.

Herr Dr. Honikel-Günther bedankt sich für die positiven Rückmeldungen und nimmt

Stellung zum gemeinsamen Antrag von CDU und FWV. Die Forderung zu Nr. 1 des Antrags (Fair zum Mittelstand) beantworte er mit einem klaren JA. Zu Nr. 3 (On-Demand-Verkehre) sei noch eine Zeit des Nachschärfens erforderlich, besonders im Hinblick auf gemeindeübergreifende Verkehre. Ein Vorschlag werde eng mit den Kommunen abgestimmt und danach unterbreitet. Zu Nr. 4 (Finanzierung) erläutert er, dass es aktuell abweichende und auch jeweils unterschiedliche Höchstbeträge für Schülerverkehre und Kindergartenkinder gebe, nämlich 1.200 EUR bzw. 2.800 EUR pro Person und Jahr. Vor einer Festlegung müsse noch geklärt werden, wie der Antrag gemeint sei. Auswirkungen müssten noch berechnet und weitere Grundlagen erarbeitet werden.

KR Sing bemerkt, beim Thema ÖPNV gehe es um Mobilität als Ganzes, nicht nur um Busse. On-Demand-Verkehre sollten besser als „Bürgerbusse“ bezeichnet werden. In Meckenbeuren gebe es bereits seit 2014 ein Rufbussystem. Auch der Bodenseekreis und der Schwarzwald-Baar-Kreis verfügten bereits über funktionierende Systeme. Mobilitätsmanagement sei wichtig, um Konflikte zwischen Bus und Bahn zu lösen. Zur Beseitigung von Kommunikationshürden würden viele Kommunen einen Mobilitätsmanager beschäftigen. Sein Ziel bleibe das 365 EUR-Ticket. Er bitte darum, auch Kinder, Jugendliche und Studierende in die ÖPNV-Planungen einzubeziehen.

Der Vorsitzende erklärt, er werde die Anliegen mit in die nächste Präsenz-Sitzung des bodo-Aufsichtsrates nehmen. In den letzten 1,5 Jahren hätten Beschlüsse aufgrund des Formates nur im Umlaufverfahren gefasst werden können.

KR Krattenmacher regt an, Schulbusse als integrierten Teil des ÖPNV-Konzeptes zu betrachten. Mittel für Schülerverkehre sollten in die Finanzplanung eingestellt werden, um vorhandene Strukturen lebendig zu halten.

KR Spieß wünscht eine Abstimmung über den Antrag in der heutigen Sitzung, keinen Verweis in den Ausschuss.

Herr Dr. Honikel-Günther hält die Anregung von KR Sing, Jugendliche einzubinden, für eine gute Idee. Bezüglich eines Mobilitätsmanagers sei zu prüfen, ob dieser in der Landkreisverwaltung oder besser bei bodo anzusiedeln sei. Mit den freigestellten Schülerverkehren werde sich die Verwaltung nochmals befassen und eine neue Vorlage präsentieren.

**Antrag zur Geschäftsordnung** durch KRin G. Müller:

Der gemeinsame Antrag der Fraktionen CDU und FWV vom 29.03.2021 wird in den zuständigen Ausschuss verwiesen.

**Beratungsergebnis:** mehrheitlich abgelehnt (bei 13 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung)

**Modifizierter Beschlussentwurf** aufgrund des Antrags von KR Gallasch und des gemeinsamen Antrags der CDU-Fraktion und der Fraktion FWV:

Das ÖPNV-Konzept wird beschlossen und die Verwaltung beauftragt, auf dieser Grundlage den Nahverkehrsplan bis Herbst 2021 neu zu erstellen. **Zusammen mit dem Nahverkehrsplan ist ein Finanzierungsbeschluss zu treffen.**

**1) Fair zum Mittelstand**

Die neu hinzukommenden Buslinien sollten –wenn möglich- vorrangig eigenwirtschaftlich betrieben werden. Der Landkreis legt großen Wert auf ein mittelstandsfreundliches Ausschreibungsverfahren. Bei der Vergabe der Verkehrsleistungen bzw. Konzessionen soll den bisher im Nahverkehrsbereich tätigen Unternehmen eine faire Chance für eine künftige Partnerschaft gegeben werden. Dazu gehört, dass beispielsweise Vertragslaufzeiten so lange andauern und Qualitätsanforderungen so gehalten werden, dass vorhandene moderne Fahrzeuge weiter betrieben und Risiken bei Fahrzeugneubeschaffungen für die Unternehmen überschaubar sind. Bei auslaufenden Verträgen ist auf eine Optimierung und ggf. Verbesserung im näheren Umfeld der Linien hinzuwirken.

**2) Korrekturmöglichkeiten und Bedarfsanpassung**

Die Landkreisverwaltung wird beauftragt die Buslinien nach jeweils drei Jahren auf das erreichte Fahrgastpotential und die Kostensituation zu untersuchen. Bei den Ausschreibungen und Vergaben muss darauf geachtet werden, dass der Landkreis bei einer günstigen oder ungünstigen Entwicklung das Busangebot zeitnah korrigieren kann.

**3) Passgenaue On-Demand-Verkehre für den ländlichen Raum**

Das Konzept für On-Demand-Verkehre ist noch weiter auszuarbeiten und zusammen mit den Kommunen zu konkretisieren. Bei der Kostentragung sind die Kommunen angemessen zu beteiligen, die On-Demand-Verkehre bestel-

len. Dabei sollen dünn besiedelte und einwohnerschwache Gemeinden höher vom Landkreis gefördert werden, als Gemeinden mit kleinem Gemarkungsgebiet und vergleichsweise hoher Einwohnerzahl. Tourismusgemeinden mit mehr als 50.000 Übernachtungen/Jahr, die die „Echt-Bodensee-Card“ einführen und zur Nahverkehrsfinanzierung beitragen, sollen einen Bonus von 25% erhalten.

#### **4) Schulbusse sichern durch verlässliche Finanzierung**

Der (freigestellte) Schulbusverkehr ist ein wichtiges Nahverkehrsstandbein insbesondere des ländlichen Raumes. Die Finanzierung ist für die kommenden Jahre sicherzustellen, damit für die Schüler, Eltern und Busbetreiber verlässliche Bedingungen gegeben sind. Deshalb soll die Satzung über die Erstattung der notwendigen Schülerbeförderungskosten des Landkreises mit Wirkung zum kommenden Schuljahr so angepasst werden, dass die Höchstbeträge auf 2.200 € je Person und Schuljahr und bei Schulkindergärten angehoben werden.

#### **5) Einbeziehung des Schülerverkehrs**

Die Landkreisverwaltung wird beauftragt, die Schülerverkehre jetzt schon in die weiteren Überlegungen einzubeziehen. Dabei soll mit den Schulträgern und den Schulen versucht werden, die Schulbeginn- und Endzeiten möglichst versetzt zu legen, um dadurch Platz, Komfort und zusätzliches Angebot für Berufspendler zu schaffen ohne Fahrzeuge beschaffen zu müssen.

#### **6) Schulbusse als „On-Demand-Verkehre“**

Schulbusse sind oft Schülern vorbehalten. Dabei sind sie insbesondere in ländlichen Bereichen oft das einzige Nahverkehrsangebot. Landkreis und Kommunen werden aufgerufen zu prüfen, ob diese Angebote zusätzliche Nahverkehrsangebote im Sinne eines „On-Demand-Verkehrs“ erfüllen können.

#### **7) Inklusion beginnt im Bus**

Inklusion und Teilhabe sollte nicht erst im Klassenzimmer beginnen, sondern schon beim Weg dahin. Deshalb soll das derzeitige Schülerbeförderungssystem projekthaft untersucht werden, ob und wie die Beförderung von behinderten und nicht behinderten jungen Menschen zu den Betreuungs- und Bildungseinrichtungen gemeinsam erfolgen kann.

#### **8) Einbeziehung von Bodo und den Gemeinden**

Für die weiteren Schritte wird die Landkreisverwaltung beauftragt, mit dem Verkehrsverbund Bodo und den Gemeinden weitere Gesprächsrunden auch

zu den oben genannten Punkten einzuberufen. Die Städte und Gemeinden sollten auch gebeten werden, weitere Busspuren auszubauen.

### **9) Finanzielle Herausforderungen**

Die Landkreisverwaltung wird beauftragt die nächsten Monate immer wieder die Kosten fortzuschreiben. Dies auch aus dem Hintergrund der finanziellen Unterstützung des Landes Baden-Württemberg. Die neue Landesregierung wird aufgefordert, genügend und verlässliche Mittel zur Verfügung zu stellen und nicht Gelder verstärkt in Ballungszentren fließen zu lassen.

### **10) Stadt und Land**

Die Landkreisverwaltung soll bis zur Erstellung des neuen Nahverkehrsplanes ermitteln, wie die bisher separaten Stadtverkehr ins neue Liniennetz eingebunden werden können und inwieweit eine Förderung dieser rechtlich zulässig und faktisch erforderlich ist.

**Beratungsergebnis:** mehrheitlich **modifiziert** beschlossen (bei 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Der Vorsitzende bedankt sich bei Frau Wucherer für ihre geleistete Arbeit und verabschiedet sie in den Ruhestand.

Herr Krattenmacher würdigt die Arbeit von Frau Wucherer und verabschiedet sie im Namen des Kreistags.

Frau Wucherer bedankt sich für die Würdigung, hält Rückschau auf eine „spannende Zeit“ und verabschiedet sich.

## **Angelegenheiten des Amtes für Finanzen, Beteiligungen und Kreislaufwirtschaft**

### 5. 0038/2021

#### **Systembeschreibung "Duale Systeme" 2022 - 2024**

Herr Baur rekapituliert die Historie des „Ravensburger Weges“ und erläutert die vorliegenden Varianten.

KR Dr. Rapp bedankt sich für die gute Vorarbeit und erinnert daran, dass ein einstimmiger Kreistagsbeschluss für ein Holsystem bereits einmal gefasst wurde. Damit könnten die Ziele besserer Bürgerservice, soziale Gerechtigkeit, Ökologie und Klimaschutz auch am besten erreicht werden. Bei einer Online-Bürgerbefragung der Stadt

Ravensburg unter 2000 Teilnehmern hätten sich bei einer Beteiligung von 88% nahezu drei Viertel für ein Holsystem ausgesprochen. Menschen würden auch nicht deswegen mehr einkaufen, weil sie die Leichtverpackungen einfacher entsorgen könnten. Von daher bitte er um Rücknahme des fraktionsübergreifenden Antrags von FWV, SPD, ÖDP und Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 25.03.2021.

KR Spieß begründet den fraktionsübergreifenden Antrag für die Fraktion FWV.

KRin Pfluger begründet den fraktionsübergreifenden Antrag für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

KR Bindig begründet den fraktionsübergreifenden Antrag für die SPD-Fraktion. Er erklärt, seine Fraktion könne dennoch das Holsystem mittragen, sofern es in der Form einer reinen Sacksammlung beschlossen werde. Auf diese Weise könnten die Nachteile der Gelben Tonne (Platzprobleme sowie höhere Fehlwurfquoten) vermieden werden. Er beantrage eine entsprechende Ergänzung des Textes des Beschlussentwurfs.

KR S. Scharpf begründet die Beteiligung der ÖDP-Fraktion am fraktionsübergreifenden Antrag. Falls die Entscheidung für ein Holsystem falle, solle sowohl Gelber Sack als auch Gelbe Tonne möglich sein. Der Handel solle in ein Rücknahmesystem eingebunden werden. Wertstoffhöfe hätten auch eine soziale Funktion und sollten erhalten werden. Recyclingquoten müssten gesteigert und mehr „von oben“ zur Abfallvermeidung unternommen werden.

KR Gallasch erinnert daran, dass die direkte Umsetzung des Kreistagsbeschlusses, nämlich die Einführung der Leichtverpackungsentsorgung nach dem Biberacher Modell, wegen eines Gerichtsbeschlusses nicht möglich sei. Persönlich befürworte er ein Holsystem und neige zu Variante 1. Die Meinungen, auch in seiner Fraktion, seien jedoch geteilt und hingen von den jeweiligen Lebenswirklichkeiten ab. Bürger hätten mit dem Kauf bereits für die Entsorgung der Leichtverpackungen gezahlt, bekämen jedoch aktuell die Gegenleistung nicht. Es entstünden sogar zusätzliche Kosten für die Fahrten zum Wertstoffhof. In der Mobilität eingeschränkte Menschen seien benachteiligt. Von der Verwaltung wünsche er sich ein Bekenntnis zu den Wertstoffhöfen, sollte für die Leichtverpackungen ein Holsystem beschlossen werden.

Herr Baur antwortet, dass bundesweit bei Landkreisen, die bisher eine Sacksammlung durchgeführt hätten, ein Trend hin zur Tonnensammlung erkennbar sei. Grund dafür seien Windverwehung und Ungeziefer. Bei Fehlwürfen handele es sich in der Regel um „intelligente Fehlwürfe“ von Kunststoffen, die bei der Verwertung kein Problem darstellen würden. Eine Erhöhung der Fehlwurfquote durch die Gelbe Tonne halte er im Landkreis für unwahrscheinlich. Die Dualen Systeme ließen kein individuelles Wahlsystem zu. Lediglich in Innenstadtbereichen sei eine Ausdifferenzierung des Holsystems mit Sacksammlung und Gelber Tonne möglich. Die Präferenzen der Städte seien bei einer Umfrage hierzu unterschiedlich gewesen. Über eine reine Sacksammlung sei mit den Dualen Systemen noch nicht gesprochen worden. Der Handel sei eigentlich zur Rücknahme der Leichtverpackungen verpflichtet, habe sich aber über die Dualen Systeme legal freigekauft. Die Anzahl der Wertstoffhöfe solle nicht reduziert werden. Jedoch sei noch darüber zu entscheiden, welche Entsorgungsangebote jeweils vorgehalten werden sollten. Falls sich der Kreistag für Variante 1 entscheide, werde es zu Einnahmeverlusten bei den Wertstoffhöfen kommen. Gebührenanpassungen könnten erforderlich sein. Die Verwaltung werde dieses Thema dann nochmals für den Kreistag zur Entscheidung aufbereiten.

KR. M. Lang mahnt zur Vorsicht bei der Bewertung von Umfragen. Ergebnisse seien auch abhängig von der Art der Fragestellung. Durch ein Holsystem könne die Finanzierungsgrundlage von Vereinen verringert werden, die auf Wertstoffhöfen aktiv seien. Das bisherige System funktioniere und sei akzeptiert. Bürger hätten bisher noch nicht in großem Umfang die Möglichkeit gehabt, sich zu Wort zu melden. Durch die Gelbe Tonne würden Platzprobleme in den Haushalten entstehen. Er plädiere dafür, heute keinen Beschluss entsprechend der Vorlage zu fassen, sondern die nächsten drei Jahre für eine Klärung zu nutzen.

KR Kellenberger betont, soziale Aspekte könnten nicht abgewogen werden. Es gehe darum, dem älteren Teil der Bevölkerung ein Höchstmaß an Selbstständigkeit bei der Bewältigung des Alltags zu ermöglichen. Dies werde durch ein Holsystem unterstützt. Das Votum der Behindertenbeauftragten solle entscheidend sein.

KR A. Müller informiert über ab 2022 geltende Verschärfungen der Verpackungsverordnung. Durch eine größere Zahl von Anbietern im Dualen System komme es zu einer deutlichen Verringerung der Kosten für die Bürger. Eine Rückkehr zu einer ausschließlich kommunalen Entsorgung sei mit höheren Gebühren verbunden. Man habe sich bereits vor langer Zeit für das Holsystem entschieden, heute gehe es nur



um das „Wie“. Da die doppelte Nutzung der Papiertonne nicht möglich sei, müsse jetzt ein anderer Weg beschritten werden. In der Mobilität eingeschränkten Menschen müsse eine Last abgenommen, der Expertise der Behindertenbeauftragten vertraut werden. Wilder Müll sei das Ergebnis eines Überdrusses. Viele Bürger führen ausschließlich wegen des Gelben Sacks zum Wertstoffhof. Zwölf Fahrten pro Jahr dorthin würden mehr Kosten verursachen als eine Anpassung der Müllgebühren durch die veränderte Einnahmensituation auf den Wertstoffhöfen. Eine Wahlmöglichkeit sei bei der Größe der Gelben Tonnen gegeben. Die Wünsche der Bürger seien eindeutig. Er werbe eindringlich für Variante 1.

KR Krattenmacher bekundet sein Ja zur gelben Tonne. Die Bürger hätten die Entsorgung der Leichtverpackungen beim Kauf bereits mitbezahlt.

KR Sing begründet den fraktionsübergreifenden Antrag. Bisher fehle die öffentliche Diskussion des Themas Abfallvermeidung im Kreistag. Diese müsse prioritär vor jeder Verwertung sein. Von 5,2 Mio. t jährlich anfallendem Leichtverpackungsmüll würden 60% verbrannt und dienen als Ersatzbrennstoff in der Zementindustrie. Von den restlichen 40% würden lediglich 17% offiziell recycelt. Die Dualen Systeme seien weder ökologisch noch ganzheitlich denkend. Er fragt, ob man bei Variante 1 noch Gelbe Säcke auf den Wertstoffhöfen abgeben könne. Die Auswirkungen auf die Recyclinghöfe müssten noch genauer untersucht werden. Er plädiere für eine Beibehaltung des jetzigen Systems für die nächsten drei Jahre.

KR Schmidinger moniert, beim „Biberacher Weg“ könnten noch immer Gelbe Säcke an den Wertstoffhöfen abgegeben werden. Diese Möglichkeit sei bei Variante 1 entfallen. Für Behinderte sei nicht die Entsorgung von Leichtverpackungen das Problem, sondern vielmehr die von Flaschen. Er fragt, ob eine Sacksammlung in der Kernstadt von Bad Waldsee sowie eine Abgabe der Gelben Säcke auf den Wertstoffhöfen weiterhin möglich sei. Er weist außerdem darauf hin, dass über eine Erhöhung der Müllgebühren der Kreistag zu entscheiden habe. Er werde Variante 1 nicht zustimmen.

Herr Baur antwortet, eine Sacksammlung in den Kernstädten sei mit dem Dualen System verhandelt und möglich. Eine Abgabe von Gelben Säcken werde bei Variante 1 nur noch in den Entsorgungszentren Gutenfurt und Obermooweiler möglich sein. Die bisherige Auslegung der Wertstoffhöfe sei unterschiedlich. Es solle nochmals beleuchtet werden, welche Angebote standardmäßig vorgehalten werden sollten. Eine Verwertung der Leichtverpackungen sei Sache der Dualen Systeme und könne

vom Landkreis nicht beeinflusst werden. Die Rahmenbedingungen dafür würden vom Bund vorgegeben.

Der Vorsitzende ergänzt, eine individuelle Auswahl des Sammelsystems bei der Entsorgung der Leichtverpackungen sei vom Dualen System nicht zugelassen. Eine Wahl sei nur für definierte Stadtgebiete zulässig.

**Beschlussentwurf:**

Die Erfassung der Leichtverpackungen im Landkreis Ravensburg soll ab dem Jahr 2022 entsprechend der vorgestellten Variante 1 erfolgen. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Dualen System Landbell AG eine dementsprechende Vereinbarung zu treffen.

**Beratungsergebnis:** mehrheitlich beschlossen (bei 25 Nein-Stimmen)

*Anm. der Schriftführung: Durch diese Abstimmung über den weitestgehenden Beschlussentwurf der Verwaltung erübrigt sich nach gemeinsamem Verständnis die Abstimmung über den Antrag von KR Bindig, Variante 1 als reine Sacksammlung auszugestalten, sowie über den fraktionsübergreifenden Antrag von FWV, SPD, ÖDP und Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 25.03.2021.*

6. 0002/2021

**OSK: Verlängerung des Betriebsmittelkredits und Umsetzung der Kapitalerhöhung für das Jahr 2021**

KR Dr. Dieterich fragt, in welcher Form die kapitalstärkende Maßnahme erfolgen solle und ob sich die Stadt Ravensburg daran beteilige.

Herr Baur antwortet, es sei vorgesehen, den Betrag direkt in das Stammkapital einzuzahlen. Die Stadt Ravensburg werde sich in Höhe ihres Anteils beteiligen.

**Beschlussentwurf:**

1. Die derzeitige Höhe des Betriebsmittelkredits wird für den Zeitraum bis zum 31.12.2021 in Höhe von 9 Mio. € aufrechterhalten und darüber hinaus kann zur Abdeckung von Bedarfsspitzen an max. 120 Arbeitstagen pro Jahr bis zu

5 Mio. € zur Verfügung gestellt werden.

2. Die kapitalstärkende Maßnahme in Höhe von 3 Mio. € für die Oberschwabenklinik gGmbH wird, wie vorgeschlagen, für das Jahr 2021 umgesetzt. Herr Landrat Harald Sievers wird angewiesen, in der Gesellschafterversammlung den dafür erforderlichen Beschluss zu fassen.

**Beratungsergebnis:** mehrheitlich beschlossen (bei 1 Nein-Stimme)

### **Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP**

#### 7. 0013/2021

**Ravensburg, Edith-Stein-Schule, Raumfunktionsprogramm und Zusammensetzung Preisgericht**

#### **Beschlussentwurf:**

Das für den Neubau der Edith-Stein-Schule Ravensburg mit dem beschriebenen Raum- und Funktionsprogramm auf Basis der Programmfläche von 8.256m<sup>2</sup> wird freigegeben.

Der Zusammensetzung des Preisgerichts und der Bewertungskommission zur Durchführung des Planungswettbewerbes für den Neubau der Edith-Stein-Schule wird, wie dargestellt, zugestimmt. Die im Preisgericht und der Bewertungskommission vertretenen Fraktionen des Kreistags werden aufgefordert, bis zum 30.04.2021 die Vertretungen aus dem Kreistag für die Veröffentlichung zu benennen.

**Beratungsergebnis:** mehrheitlich beschlossen (bei 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

#### 8. 0014/2021

**Ravensburg, Kreishaus II, Instandsetzung Bauteil B+C: Baubeschluss**

#### **Beschlussentwurf:**

Das Projekt „Ravensburg, Kreishaus II, Instandsetzung Bauteil B+C“ wird zur

Umsetzung freigegeben.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausführungsplanungen für die Instandsetzung der Bauteile B+C des Kreishaus II voranzutreiben und die notwendigen Leistungen für die Umsetzung der Baumaßnahme entsprechend den allgemeinen Grundsätzen des Vergaberechts öffentlich auszuschreiben. Das Projektbudget wird auf 18,45 Mio. € festgesetzt.

Der Antrag zur Förderung der Maßnahme über das Bundesförderprogramm „Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG)“ – Einzelmaßnahmen (EM) soll erarbeitet und fristgerecht eingereicht werden.

**Beratungsergebnis:** einstimmig beschlossen (bei 1 Enthaltung)

#### **Anträge gem. § 29 I 4 LKrO**

9. 0054/2021

**Prüfung und Anpassung des Gesellschaftervertrages der OSK –  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.03.2021**

**Antrag zur Geschäftsordnung** durch KRin Kremer:

Der Antrag wird in den zuständigen Ausschuss verwiesen.

**Beratungsergebnis:** einstimmig in zuständigen Ausschuss verwiesen (bei 3 Enthaltungen)

10. 0055/2021

**Analyse des Arbeitsumfanges im Bereich ÖPNV (Verkehrsamt) und Anpassung  
des Personalschlüssels –  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.03.2021**

**Antrag zur Geschäftsordnung** durch KRin Pfluger:

Der Antrag wird in den zuständigen Ausschuss verwiesen.

**Beratungsergebnis:** mehrheitlich in zuständigen Ausschuss verwiesen (bei 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen)

11. 0056/2021

**Beteiligung von Mitgliedern der Jugendvertretung an den Sitzungen des Kreistags –**

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.03.2021**

**Antrag zur Geschäftsordnung** durch KRin Pfluger:

Der Antrag wird in den zuständigen Ausschuss verwiesen.

**Beratungsergebnis:** mehrheitlich in zuständigen Ausschuss verwiesen (bei 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

12. 0058/2021

**Resolution des Kreistages Ravensburg bezüglich der Verteilung der Impfstoffe auf die Landkreise –**

**Antrag der Fraktionen CDU, FWV, SPD, ÖDP und FDP**

KR Restle und KR Bindig begründen den Antrag auf die Resolution.

KRin Pfluger kündigt an, den Antrag nicht zu unterstützen. Da noch zu wenig Impfstoff vorhanden sei, handele es sich um den falschen Zeitpunkt.

KRin Pohnert gibt zu bedenken, dass bei einer anderen Verteilung von den Rändern der Landkreise möglicherweise nicht mehr auf andere Impfzentren ausgewichen werden könne.

KR A. Müller informiert, auch der Bund verteile den Impfstoff auf die Bundesländer entsprechend der Einwohnerzahl. Die gegenwärtige Verteilung auf die Landkreise sei falsch. In Kürze werde genügend Impfstoff vorhanden sein.

KR Magenreuther erklärt, das vom Vorsitzenden heute an die Kreisräte weiter geleitete Schreiben des Sozialministeriums über Impfstofflieferungen habe Befremden ausgelöst. Die Resolution sei „überfällig“.

KR Spieß unterstützt die Resolution. Die Zahlen aus dem Schreiben des Sozialministeriums seien nicht nachvollziehbar. Durch die gegenwärtige Zuteilung falle der

Landkreis täglich im Vergleich der Impfquoten zurück.

Der Vorsitzende erläutert, das heute vom Sozialministerium übermittelte Schreiben sei die Antwort auf sein Schreiben vom 01.03.2021. Diese Antwort sei zwar heute per Email verschickt worden, es sei jedoch nicht nachvollziehbar, wann das Schreiben verfasst worden sei.

KR Sing beanstandet, Anträge müssten drei Tage vor der Sitzung eingebracht werden. Außerdem sei eine Resolution namentlich zu unterschreiben und könne nicht vom Kreistag beschlossen werden.

KR Restle entgegnet, die Resolution sei rechtzeitig drei Tage vor der Sitzung beantragt, der Inhalt jedoch nochmals verändert worden.

KR M. Lang findet, das Anliegen der Resolution sei vollkommen berechtigt.

KR Clement erklärt, eine Resolution wäre vor drei Wochen sinnvoll gewesen. Ab Ostern könnten Hausärzte mit den Impfungen beginnen.

KR Haser errechnet, der Landkreis Ravensburg verfüge aktuell über halb soviel Impfstoff pro Einwohner wie der Landkreis Sigmaringen. Es sei einfach, zwei Kisten Impfstoff statt einer zu schicken. Außerdem könnten Bewohner des östlichen Landkreises nicht nach Osten in ein benachbartes Impfzentrum fahren, da dort Bayern beginne. Durch teilweise weite Fahrten zu Impfzentren anderer Landkreise werde außerdem unnötig CO2 produziert.

KR Bürkle hält die gegenwärtige Zuteilung für nicht ausgewogen. Viele Familien führen zum Impfen über Land bis nach Stuttgart. Das aktuelle System zur Terminvereinbarung sei „eine Schande für unser Land“.

KR A. Müller bestätigt, dass Anmeldungen über Telefon und Internet nicht funktioniert hätten.

KR Bindig spricht sich dafür aus, die Landesregierung nicht öffentlich für Missmanagement und Fehler anzuprangern. Es solle intern nach Lösungen gesucht werden.

KRin Fiegel-Hertrampf fragt, ob es eine Art Impftourismus nach Ravensburg gebe.

20% der Geimpften stammten aus anderen Landkreisen.

KR Weiß gibt an, andere Landkreise hätten noch weit mehr Einwohner als Ravensburg und bekämen auch nur eine Kiste Impfstoff. Bei einer Änderung der Verteilung werde Ravensburg daher möglicherweise nicht mehr Impfstoff erhalten.

Der Vorsitzende erläutert das System der Impfstoffverteilung in Baden-Württemberg und dessen Auswirkungen auf den Landkreis Ravensburg. Daraus folge, dass jeder Bürger jedes Kreisimpfzentrum nutzen und die geographische Lage eine Rolle spielen könne. Berücksichtigen müsse man, dass das zentrale Impfzentrum Ulm, das etwa das Vierfache des Impfstoffs eines Kreisimpfzentrums erhalte, den Landkreis Ravensburg aktiv unterstütze. Dennoch gebe es die Sorge, dass sich die Impfquoten im Landkreis nicht wie gewünscht entwickelten. Noch gebe es kein entsprechendes landesweites Monitoring. Transparenz sei von ihm jedoch ausdrücklich gewünscht.

Dr. Honikel-Günther ergänzt, das Land Baden-Württemberg sei offiziell zuständig für das Terminmanagement. Auf der Warteliste für das Kreisimpfzentrum Ravensburg stünden aktuell 3.500 Namen. Eine zusätzliche Lieferung von 1.100 Impfdosen der Fa. BioNTech sei zugesagt, weitere Lieferungen angekündigt.

**Beratungsergebnis:** mehrheitlich beschlossen (bei 9 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen)

### 13. **Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)**

KR Schauwecker fragt, warum der Landkreis das der Stadt Wangen für die Anschlussunterbringung zur Verfügung gestellte Gebäude zurück verlange.

Herr Baur antwortet, das Gebäude solle wieder wie ursprünglich geplant für die vorläufige Unterbringung von Asylbewerbern verwendet werden.

**Beratungsergebnis:** zur Kenntnis genommen

**Kreistag am 30.03.2021:**

**Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse**

**Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP**

14. 0045/2021

**Grundstückstausch mit der Stadt Ravensburg zum Neubau Edith-Stein-Schule**

**Beschlussentwurf:**

Dem Tausch der Grundstücke Flst. Nr. 439/9, Schützenstraße, Ravensburg und Charlottenstr. 47, Ravensburg wird zugestimmt.

**Beratungsergebnis:** einstimmig beschlossen (bei 2 Enthaltungen)

15. **Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)**



Z. B.

Vorsitzender

Landrat Harald Sievers

Stellvertr. Vorsitz

Schriftführerin

Dagmar Schöbel

Kreisräte

August Schuler

Sandra Flucht